

## **V-1-B Keinen Raum der AfD - Verboten, was verboten gehört!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 01.11.2020  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1 Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat die extreme Rechte in der  
2 Bundesrepublik seit einigen Jahren eine Partei gefunden, die ihren  
3 rechtsradikalen Positionen gerecht wird und die in der Lage ist, ein erhebliches  
4 rechtes Wähler\*innenpotential zu mobilisieren. Die Partei knüpft damit an eine  
5 bundesdeutsche Kontinuität antidemokratischer, rassistischer und antisemitischer  
6 Einstellungen an und schafft es wie keine andere Organisation, rechte Weltbilder  
7 zu bestätigen und die heterogene extreme Rechte in Deutschland zu vereinen.

### **Von „eurokritisch“ zu völkisch-national – aber immer rassistisch, antisemitisch und menschenverachtend**

10 Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat sich die AfD von einer scheinbar gemäßigten  
11 selbsternannten „eurokritischen“ Partei zu einer Organisation gewandelt, die  
12 demokratische Grundsätze mit Füßen tritt und ihr völkisches Gedankengut weit in  
13 der Bevölkerung verbreiten kann. Die AfD ist seit ihrer Gründung nicht nur immer  
14 weiter nach rechts gerückt, sie hat auch den Diskurs demokratischer Parteien und  
15 der Öffentlichkeit massiv beeinflusst und Politiker\*innen dazu gebracht,  
16 menschenfeindliche Standpunkte in reale Politik umzusetzen. Insbesondere in der  
17 Asylpolitik sind unter dem Eindruck extrem rechter Wahlerfolge im Bundestag, den  
18 Ländern und Kommunen Entscheidungen getroffen worden, die noch vor wenigen  
19 Jahren undenkbar gewesen wären. Mit den letzten Landtagswahlen wurde deutlich,  
20 dass der Partei und ihren Wähler\*innen mit dieser Strategie der inhaltlichen  
21 Annäherung nicht beizukommen ist. Auch wenn die aktuellen Umfragewerte – etwa in  
22 der Corona-Krise – nicht auf alte Höhenflüge hindeuten, ist die Partei heute mit  
23 ihrer Präsenz in fast allen demokratischen Institutionen in der Lage, mit ihren  
24 finanziellen und personellen Ressourcen die Demokratie, Einhaltung der  
25 Menschenrechte und das Leben und Wohlergehen marginalisierter Gruppen in  
26 Deutschland ernsthaft zu gefährden.

27 Alle Distanzierungen der AfD von verfassungsfeindlichen Organisationen bis hin  
28 zu rechtsradikalem Terror haben sich bisher als gefährliche  
29 Beschwichtigungstrategie erwiesen. Der mutmaßliche Mörder von Walter Lübcke

30 hatte die Partei im hessischen Landtagswahlkampf unterstützt. Der Thüringer AfD-  
31 Vorsitzende Björn Höcke zeigt sich nicht nur als Holocaustrelativierer, sondern  
32 ist auch mit dem NSU-Unterstützer Thorsten Heise bekannt. AfD-Demonstrationen  
33 und -Veranstaltungen sind immer wieder Schauplatz für Angriffe auf Gegner\*innen  
34 und Journalist\*innen. Dies zeigt, dass ihre Unterstützer\*innen nicht nur mit  
35 Mitteln des demokratischen Rechtsstaats ihre menschenfeindlichen und  
36 antidemokratischen Ziele durchsetzen wollen, sondern dafür auch nicht vor Gewalt  
37 zurückschrecken.

## 38 **Die Existenz der AfD gefährdet die Demokratie**

39 Welch demokratiegefährdendes Potential die Partei in den Parlamenten entwickelt,  
40 zeigt sich nicht nur mit ihrer häufig erkennbaren Arbeitsverweigerung in den  
41 Gremien, sondern auch, wenn die Vertreter\*innen der AfD demokratische  
42 Institutionen missbrauchen und Demokrat\*innen gegeneinander ausspielen. Die Wahl  
43 des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten im  
44 Februar 2020 zeigte auf sehr plastische Weise auf, welches Zerstörungspotential  
45 darin liegt, dass eine unverhüllt faschistisch agierende Partei demokratische  
46 Verfassungsorgane als Bühne für die Artikulation ihres Machtanspruches nutzt und  
47 dabei bürgerliche Parteien für ihre Zwecke nutzt. In Thüringen war die Partei so  
48 für eine kurze Zeit an der Mehrheit eines Landesparlamentes beteiligt.

49 Die Erfolge der AfD bei Wahlen auf allen Ebenen hat nicht nur tausenden  
50 Mandatsträger\*innen in Deutschland und der Europäischen Union zu politischer  
51 Macht und potentiell Gestaltungsspielraum verholfen. Mandate bringen auch  
52 nicht unerhebliche personelle und finanzielle Ressourcen mit sich. Damit ist die  
53 Partei in der Lage, tausende Mitarbeiter\*innen von Abgeordneten und Fraktionen  
54 auf allen Ebenen mit Auskommen zu versorgen, das für den Aufbau  
55 außerparlamentarischer rechtsradikaler Strukturen verwendet werden kann. Das  
56 Parteienrecht in der Bundesrepublik ermöglicht es der Partei zudem, große Mengen  
57 an Steuergelder für ihre Zwecke zu verwenden. Dass sich die Partei dabei  
58 regelmäßig nicht an geltendes Recht hält, zeigen inzwischen einige  
59 Parteispendenaffären.

## 60 **Die AfD widerspricht zahlreichen Prinzipien des** 61 **Grundgesetzes**

62 Mitglieder der AfD und zahlreiche Anhänger\*innen wollen die Würde und Freiheit  
63 einer Vielzahl von Menschen in Deutschland einschränken. Ebenso wollen sie die  
64 Grundrechte einzener Bevölkerungsgruppen beschneiden. Die Partei ist rassistisch  
65 und lehnt die Grundwerte einer liberalen Demokratie mehrheitlich ab. Wie die NPD  
66 setzen sich einige AfD-Organisationen für eine Politik der „Volksgemeinschaft“  
67 ein. Dieses Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem  
68 grundgesetzlichen Demokratieprinzip und Gleichheitsgrundsatz unvereinbar.

69 Die AfD, ihre Mitglieder und Anhänger\*innen streben nach der Einschränkung der  
70 Pressefreiheit und der Auflösung der Freiheit von Lehre und Wissenschaft. Im  
71 Februar 2020 forderte die AfD etwa eine staatliche Stelle, die die Einhaltung  
72 von „journalistischen Qualitätsstandards“ prüfen sollte. Schon seit ihrer  
73 Gründung setzt sich die AfD für die Abschaffung öffentlich-rechtlicher  
74 Medienanstalten ein und versucht, die Berichterstattung über ihre Politik etwa  
75 auf Parteitag strikt zu begrenzen und zu regulieren. Landtagsabgeordnete aus  
76 Baden-Württemberg und anderen Ländern versuchten mit Meldeportalen die Freiheit  
77 der Lehre und Wissenschaft einzuschränken und ein Klima der Verleumdung und  
78 Diskreditation zu schaffen.

### 79 **Verstrickung einiger Mitglieder in rechte Terrornetzwerke**

80 Immer wieder geraten neue Verbindungen von teils einflussreichen AfD-Mitgliedern  
81 zu rechtsradikalen und gewaltbereiten Gruppen in den Blick der Öffentlichkeit.  
82 Ein Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Nolte ist Teil des rechten Hannibal-  
83 Netzwerks, welches aus Mitgliedern des Militärs und der Polizei besteht, die auf  
84 einen Umsturz des Systems hinarbeiten. Er ist nicht das einzige AfD-Mitglied,  
85 das in rechtsterroristischen Vereinigungen wiederzufinden ist. Der  
86 Hauptverdächtige im Mordfall an dem Kasseler CDU-Politiker Walter Lübcke war  
87 regelmäßig bei Veranstaltungen der AfD und half auch bei ihrem Wahlkampf. Er  
88 hatte offenbar Verbindungen zur inzwischen verbotenen Neonaziorganisation Combat  
89 18, die wiederum Verbindungen zum NSU-Komplex hatte.

90 Die Hetze, die einflussreiche AfD-Mitglieder in ihren Reden verbreiten, führt zu  
91 Morden oder Angriffen. Das Ungerechtigkeitsempfinden, das die AfD bei ihren  
92 Anhänger\*innen schürt, führt zu Wut und zunehmender Gewaltbereitschaft unter  
93 ihnen. Bei einigen Menschen geht es so weit, dass sie sogar dazu bereit sind,  
94 Menschen zu ermorden.

### 95 **Bewusste NS-Bezüge**

96 Björn Höcke stilisiert sich mit einer NS-nahen Sprache und der Etablierung eines  
97 Kultes um seine Person zu einer Führerfigur. Er stellt bewusst Forderungen, die  
98 das gesellschaftlich Akzeptierte überschreiten und verschiebt so den  
99 öffentlichen Diskurs nach rechts. AfD-Mitglieder versuchen gezielt,  
100 Begrifflichkeiten wieder salonfähig zu machen, die ihren Ursprung in der  
101 nationalsozialistischen Ideologie haben oder besonders mit dieser Zeit in  
102 Verbindung gebracht werden, wie etwa der Begriff „völkisch“. Sie fragen  
103 öffentlich, warum wir denn nicht stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in  
104 beiden Weltkriegen sein könnten, so wie es in Frankreich, Großbritannien oder  
105 den USA üblich sei. Höcke beschrieb einen „[...] lebensbejahenden, afrikanischen  
106 Ausbreitungstyp“, damit reproduziert er eine gefährliche Rassenideologie und  
107 spricht von einer bevorstehenden „Umvolkung“. Der Parteivorsitzende Alexander  
108 Gauland bezeichnete die NS-Zeit als einen „Vogelschiss“ in einer laut ihm „1000-

109 jährigen erfolgreichen, deutschen Geschichte". Damit verharmlost er nicht nur  
110 die Verbrechen, die während dieser Zeit in und durch Deutschland begangen  
111 wurden. Als die Einführung des 8. Mai als dauerhaften Feiertags im Raum stand,  
112 lehnte Gauland dies mit der Aussage es wäre „[...] auch ein Tag der absoluten  
113 Niederlage, ein Tag des Verlustes von großen Teilen Deutschlands und des  
114 Verlustes von Gestaltungsmöglichkeit“ ab.

## 115 **Zerstörung des demokratischen, pluralistischen Diskurses**

116 Um ein Beispiel für eine gezielte Steuerung des Diskurses zu bringen, sei die  
117 von der AfD gestellte Kleine Anfrage an die Bundesregierung genannt, in der sie  
118 die Anzahl der in Deutschland stattgefundenen Gruppenvergewaltigungen 2018 und  
119 den Anteil der Tatverdächtigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wissen wollte.  
120 Die AfD versucht somit gezielt, die Solidarität innerhalb der Bevölkerung zu  
121 zerlegen. Mit Aussagen wie den oben genannten schafft die AfD ein Feindbild für  
122 jene Bürger\*innen, die sich bereits benachteiligt fühlen. Mit dieser  
123 Diskurslenkung schafft die AfD es, Debatten zu dominieren, obwohl sie innerhalb  
124 der deutschen Gesellschaft und somit auch im Mehrheitsdiskurs nicht einmal  
125 ansatzweise eine Mehrheit darstellen. Sie versuchen sehr erfolgreich, den  
126 Diskurs zu bestimmen, indem sie Aussagen tätigen, von denen sie wissen, dass  
127 andere sich gezwungen fühlen werden, darauf einzugehen. Zudem sorgt die AfD mit  
128 Fake-News und Falschbehauptungen sowie gezieltem Framing für alternative  
129 Realitäten und Wahrnehmungen. Entwicklungen von Straftaten werden durch die  
130 Partei im Zusammenhang mit Zuwanderung und Geflüchteten falsch oder  
131 eindimensional dargestellt. Sie bringt beispielsweise den Islam als Religion in  
132 einen völlig irrationalen Zusammenhang mit bestimmten Straftaten wie  
133 Vergewaltigung oder Mord. Mit den sprachlichen Bildern einer „Flüchtlingswelle“  
134 oder „-flut“ vermitteln sie das Gefühl einer unaufhaltsamen, zerstörerischen  
135 Naturkatastrophe.

## 136 **Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung**

137 Die ehemalige Vorsitzende Frauke Petry vertrat öffentlich die Position, der  
138 Begriff „völkisch“ müsse positiv besetzt werden. Die derzeitige stellvertretende  
139 Fraktionsvorsitzende Alice Weidel wiederum diskriminierte im Bundestag  
140 Zuwander\*innen und Frauen, die ein Kopftuch tragen in der Formulierung „Burkas,  
141 Kopftuch-Mädchen, alimentierte Messer-Männer und sonstige Taugenichtse[...]“, dies  
142 begründete sie mit der Zuwanderung einzelner Straftäter\*innen. Die AfD forderte  
143 eine Neuregelung des Familiennachzugs und erarbeitete einen Antrag zur  
144 verfrühten Rückführung syrischer Geflüchteter in Regionen, die noch nicht als  
145 sicher eingestuft werden können. Auch die Äußerungen zu der vermeintlichen  
146 Verbindung zwischen Migration und Kriminalität ist in diesem Rahmen einzuordnen.

147 LGBTQI\*-Rechte sieht die AfD ebenfalls sehr kritisch. Homosexuelle Personen  
148 hätten laut einigen Mitgliedern den „Volkstod“ mit zu verantworten. In diesem

149 Zusammenhang setzt sich die Partei auch für ein gestriges Familienbild ein und  
150 möchte Familien fördern, die mehr als drei Kinder haben. Ebenso will sie Mütter  
151 dazu ermutigen, die Kinder zu Hause zu erziehen anstatt sie in den Kindergarten  
152 zu schicken und selbst arbeiten zu gehen. Sie sieht Carearbeit in der alleinigen  
153 Verantwortung von cis Frauen und versucht durch diesen Vorstoß auch, eine  
154 pluralistische Sozialisierung der Kinder zu verhindern. Sie setzt sich aktiv  
155 gegen die Aufklärung von Schüler\*innen über LGBTQI\*-Themen ein und ist der  
156 Meinung, die „klassische Familie“ würde durch alternative Familienentwürfe  
157 angegriffen. Von der Bundesregierung wollte die Partei wissen, wie sich die Zahl  
158 von Schwerbehinderten in Zusammenhang mit Migration und Heirat innerhalb  
159 derselben Familien seit dem Jahr 2012 entwickelt hätte. In Thüringen und Sachsen  
160 scheiterten sie an dem Versuch, LGBTQI\*-Personen unter Sinti und Roma zählen zu  
161 lassen. In Sachsen fragten Abgeordnete auch nach der Anzahl von Frauen in  
162 gebärfähigem Alter und deren Nationalität.

163 Die AfD setzt sich für eine Verschärfung des Verbots von  
164 Schwangerschaftsabbrüchen ein, sodass diese auch bestraft werden können.  
165 Währenddessen fordert der Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz gar die  
166 Wiedereinführung der Todesstrafe als Abschreckung für Asylbewerber\*innen. Dem  
167 Grundrecht auf Asyl insgesamt steht die AfD seit ihrer Gründung sehr kritisch  
168 gegenüber und forderte mehrfach dessen Veränderung oder sogar Abschaffung. All  
169 das sind nur einzelne Beispiele für eine Systematik der Diskriminierung, die von  
170 der AfD vorangetrieben wird.

### 171 **Die AfD - eine verfassungsfeindliche Partei?**

172 Faschistische Organisationen gehören verboten. Daher muss auch ein Verbot von  
173 Parteien wie die AfD ernsthaft diskutiert und in Betracht gezogen werden. Die  
174 Partei gefährdet demokratische Werte, die Rechtsstaatlichkeit und das Leben und  
175 die Freiheit vieler Menschen. Die AfD ist eine Partei, die mehrfach gegen  
176 grundlegende Verfassungsgrundsätze verstößt und in der Vergangenheit verstoßen  
177 hat. Ihre Mitglieder stellen viele Prinzipien, die in der sogenannten  
178 „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung“ gefasst werden, offen in Frage und  
179 arbeiten an ihrer Untergrabung. Die Frage ist zu stellen, ob ein  
180 Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgversprechend ist – aber  
181 natürlich ist es auch wichtig, diese Verstöße mit dem Risiko eines misslungenen  
182 Verfahrens und der in dem Falle nachfolgenden Legitimierung der AfD oder anderen  
183 Risiken wie dem einer noch weiter ausgebauten Unübersichtlichkeit der rechten  
184 Szene abzuwägen. Das jedoch kann nur dann stattfinden, wenn die Debatte  
185 konsequent und ergebnisoffen geführt wird. Wir fordern demnach, einen Antrag auf  
186 Verbot der AfD als Ganzes oder Gliederungen der Partei durch die dazu  
187 legitimierten Organe Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung zu prüfen und der  
188 Prüfung entsprechend zu verfahren.

### 189 **Isolierung und Abgrenzung auf allen Ebenen**

190 Außerdem darf es keine Zusammenarbeit mit der Partei oder ihren Funktionär\*innen  
191 geben. Die AfD soll und muss in der Politik weiterhin isoliert werden und darf  
192 unter keinen Umständen ihre Forderungen in irgendeiner Form durchsetzen können.  
193 Ein Vorkommnis wie in Thüringen darf sich nicht wiederholen, die AfD und ihre  
194 Funktionär\*innen dürfen sich niemals mit einer Durchsetzung ihrer  
195 menschenverachtenden Politik krönen können. Hierbei bietet sich eine Strategie  
196 nach dem Schweriner Weg an, der 2006 für den Umgang mit der damals frisch in den  
197 Landtag eingezogenen NPD gefunden wurde. Dieses Modell setzt eine  
198 Geschlossenheit seitens der demokratischen Parteien gegenüber der Rechten  
199 voraus, infolge derer kein Gesetzesentwurf oder Antrag der Rechten unterstützt  
200 wird. Auf Anträge und Einlassungen seitens der rechten Partei antwortet jeweils  
201 nur ein\*e Abgeordnete\*r im Namen aller teilnehmenden Fraktionen, was ein  
202 Verschieben der Debatte auf rechte Themen verhindert und den Übergang zur  
203 Tagesordnung ermöglicht, jedoch die Äußerungen nicht unbeantwortet stehen lässt.  
204 Zudem muss die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen durch demokratische  
205 Politiker\*innen verweigert werden, sofern auch Redner\*innen der AfD auf dem  
206 Podium sitzen. Übertragen auf die AfD bedeutete dies eine deutliche Abgrenzung  
207 von rechter Politik, eine klare Haltung und ein solidarisches Zusammenstehen  
208 aller Demokrat\*innen gegenüber faschistischem Gedankengut.

### 209 **Zivilgesellschaft gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit** 210 **stärken**

211 Aber nicht nur im Bereich der Politik, sondern auch auf der gesellschaftlichen  
212 Ebene müssen die AfD und ihre Anhänger\*innen zurückgedrängt werden. Es ist  
213 ebenso wichtig, im Alltag Zivilcourage zu zeigen und klarzustellen, dass rechte  
214 Hetze in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft keinen Platz hat. Um  
215 das zu verstärken, muss politische Bildung und Demokratiebildung massiv  
216 ausgebaut werden. Ebenso wichtig sind weitere Demonstrationen und Aktionen gegen  
217 die Diskursverschiebung nach rechts und die Angriffe auf die Menschen, die nicht  
218 ins Weltbild der AfD passen. Gerade wichtige Verbände, die gegen Rassismus  
219 vorgehen, klagen vermehrt über rechte Unterwanderungen. Auch hier muss deutlich  
220 Stellung bezogen und Unterstützung angeboten werden. Zivile  
221 Demokratieförderprojekte, Präventionsangebote, Bildungsangebote, oder Beratung  
222 von Opfern rechter Gewalt sind häufig chronisch unterfinanziert und müssen in  
223 aufwendigen Verfahren jährlich auf eine Verlängerung der Fördermittel hoffen.

224 Aber auch der Sozialstaat muss weiter gestärkt und systemimmanenter Rassismus  
225 gezielt identifiziert und abgebaut werden. Es ist unabdinglich, dass mehr  
226 Unterstützungsangebote für Betroffene rechter Hetze entstehen. Dass rechte  
227 Angriffe auf Geflüchtete abgetan oder kleingeredet werden,  
228 Kommunalpolitiker\*innen bei Morddrohungen allein gelassen werden, selbst  
229 eindeutig rechte Angriffe wie der Terroranschlag in Hanau als „nicht rechts“  
230 eingestuft werden, weil der Täter nicht nachvollziehbar organisiert war, die  
231 Verwicklung radikaler Rechter mit unseren Sicherheitsbehörden unter den Teppich

232 gekehrt wird – all das zeigt ein klares Versagen des Rechtsstaates, wenn es um  
233 die Einhegung verfassungsfeindlicher Aktivitäten geht. Hier wünschen wir uns  
234 eine deutlichere Stellung der staatlichen Stellen und eine Einrichtung  
235 unabhängiger Untersuchungs- und Beschwerdestellen. Ebenso fordern wir die  
236 garantierte Sicherheit derjenigen, die sich den Rechten in den Weg stellen – ob  
237 das nun die Möglichkeit einer Verfolgung von Hetze und Drohschreiben oder gar  
238 körperlichen Angriffen ist, der Schutz vor denselben, oder die klare moralische  
239 Unterstützung der Betroffenen.

240 Wir alle sind gefragt. Beleidigungen, Drohungen, Verweigerung von Leistungen  
241 oder einfach rassistische Äußerungen dürfen niemals unkommentiert in der Luft  
242 stehen. Zivilcourage und klare Stellung gegen rechts sind das Gebot der Stunde.

### 243 **Parteiverbot: Kein staatliches Geld und Strukturen für** 244 **Faschist\*innen**

245 Das Verbot von Parteien sollte in einer demokratischen Gesellschaft immer mit  
246 größter Vorsicht und als eines unter vielen Mitteln gegen demokratiefährdende,  
247 menschenfeindliche und gewalttätige Organisationen angewandt werden.  
248 Demokrat\*innen dürfen zum einen nicht der Verführung erliegen, ungeliebte  
249 Mitbewerber\*innen aus dem demokratischen System entfernen zu wollen. Sie dürfen  
250 zudem nicht dem Glauben verfallen, dass Verbote faschistischer Parteien das  
251 rechtsradikale Potential, das in der Gesellschaft weit verbreitet ist, ebenfalls  
252 mit verbieten.

253 Die Alternative für Deutschland ist jedoch die erfolgreichste faschistische  
254 Partei in der Bundesrepublik seit 1945. Die Partei und ihre Anhänger\*innen sind  
255 keine einfachen Mitbewerber\*innen mit konservativen Positionen. Sie kämpfen mit  
256 schlichtweg undemokratischen Mitteln um Diskurshegemonie und politische Macht und  
257 setzen sich für Ziele ein, die einer demokratischen, freiheitlichen,  
258 rechtsstaatlichen und solidarischen Gesellschaft diametral widersprechen. Ihre  
259 Programme und öffentlichen Äußerungen strotzen vor Nationalismus, faschistischer  
260 Gesellschaftsvorstellungen und Menschenhass.

261 Viele Mitglieder unterstützen es, ihre Ziele durch Waffengewalt durchzusetzen.  
262 Einige, wie Stephan E., haben es mutmaßlich bereits getan. Unterstützer\*innen  
263 beziehen sich offen auf die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit. Auch  
264 wenn die AfD noch weit davon entfernt ist, demokratische Strukturen der  
265 Bundesrepublik zu zerstören, zeigt sich, welches gefährliche Potential in ihr  
266 liegt.

267 Dieser Gefahr gilt es zu begegnen. Auf der Straße, im öffentlichen Diskurs und  
268 auch auf rechtlichem Wege. Es gilt, sich immer wieder schützend vor vulnerable  
269 Gruppen und Opfer von Hass und Rassismus zu stellen und diese zu unterstützen.

270 Dies kann uns aber bei weitem nicht reichen. Ein Verbot der faschistischen AfD  
271 würde der extremen Rechten in Deutschland eine wichtige strukturelle Stütze  
272 nehmen, unter deren Schutz und in deren Fahrwasser sich Strukturen gebildet  
273 haben, die den Fortbestand demokratischer Strukturen und das Leben vieler  
274 Menschen bedrohen.

275 Ebenso würde ein Verbot die staatliche Förderung der AfD beenden und ihren  
276 Geldfluss versiegen lassen, was den Organisationsgrad antidemokratischer und  
277 faschistischer Strukturen einhegen könnte. Es ist nicht erträglich, dass  
278 öffentliche Gelder einer Partei zugutekommen, deren Mitglieder das Ziel  
279 verfolgen, die Demokratie und die offene, pluralistische Gesellschaft abzubauen.

## 280 **Warum ist ein verfassungsrechtliches Verbot möglich**

281 Wenn eine Partei nach ihren Zielen oder auch dem Verhalten ihrer Anhänger\*innen  
282 darauf ausgerichtet ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu  
283 beschädigen oder abzuschaffen, ist sie verfassungswidrig. Nur die Äußerung  
284 dieser Ideen reicht nicht aus; die Parteien müssen ihre negative Haltung  
285 gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung aktiv vertreten. Es darf  
286 außerdem nicht völlig ausgeschlossen sein, dass sie ihre verfassungsfeindlichen  
287 Ziele erreichen können. Diese Bedingungen sehen wir bei der AfD erfüllt.

## 288 **Die Grüne Jugend fordert:**

- 289 • Die intensive Prüfung eines Antrags auf Verbot der Alternative für  
290 Deutschland oder einzelner Gliederungen vor dem Bundesverfassungsgericht.  
291 Eine Partei, deren Mitglieder aktiv an der Zerstörung einer demokratischen  
292 und pluralistischen Gesellschaft mitwirken, gehört verboten.
- 293 • Eine vollständige Isolierung der Partei in den Parlamenten und Gremien auf  
294 allen Ebenen: Unter keinen Umständen darf es politische Zusammenarbeit mit  
295 der AfD und ihren Funktionär\*innen geben. Ihr Einfluss auf das politische  
296 Tagesgeschäft und den Diskurs muss gestoppt und jeder Erfolg verhindert  
297 werden.
- 298 • Die gezielte Förderung von Zivilcourage und Zurückdrängung auf  
299 gesellschaftlicher Ebene durch fortgeführte Demonstrationen und Aktionen.  
300 Kein\*e Sympathisant\*in der AfD sollte den Eindruck bekommen, dass  
301 Rassismus und Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft einen Platz haben.  
302 Jeder Versuch, sich in Diskurs und Alltag mit rechtem Gedankengut zu  
303 etablieren, sollte durch zivilgesellschaftliche Akteur\*innen verhindert  
304 werden.
- 305 • Die Unterstützung zivilen Widerstandes durch ein Demokratiefördergesetz.



306 Wir brauchen Bildungsangebote und Unterstützung für alle, die sich für  
307 Demokratie und gegen Rassismus und rechte Ideen engagieren wollen.

- 308 • Mehr Unterstützung und Schutz für Betroffene rechter Gewalt. Kein Mensch  
309 sollte sich bedroht oder allein gelassen fühlen, wenn er sich gegen rechts  
310 engagiert oder von Rechten angegriffen wird.